

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 13 (1919)
Heft: 5

Artikel: Der Einzelne und der Staat : ein Beitrag zur heutigen Lage
Autor: Barth, A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-134491>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das sind die kleinen, und die ganzen Opfer, das sind die großen Reformen; dann wird Gott sie segnen und gelingen lassen.

Ist so der. Schluß des Psalms gegenwartslebendig geworden, so nehmen wir den Psalm noch einmal von Anfang an vor und finden noch viel. Da ist im Anfang die unendliche Verstrickung geschildert in eigene Schuld: „meine Sünde ist immer vor mir,“ und in Erbschuld: „meine Mutter hat mich in Sünden empfangen.“ Aller Hilfe zuvor geht die eine Notwendigkeit: „Schaffe in mir, Gott, ein reines Herz und gib mir einen neuen gewissen Geist.“ Wo sind in unserm Leben, in unserer Kultur, in unserm Reformwillen die Reinheit, die innere Gewißheit, das absolute Du-darfst und das absolute Du-sollst? Darauf folgt: „Nimm deinen heiligen Geist nicht von mir.“ Wer glaubt noch daran, daß wir nicht sehnsüchtig von ferne die Hand darnach auszustrecken haben, sondern daß der heilige Geist in uns ist und wir nur darauf achten müssen, daß wir ihn nicht verlieren? „Errette mich von den Blutschulden“, unseren Blutschulden, daran jeder Mann Anteil hat, der je auf seine Uniform stolz war, jede Frau, die wohlgefällig auf das bunte Tuch blickte, jedes Elternpaar, das seinen Kindern mit militärischem Spielzeug die Lust zum Kriege einpflanzte. Weiter lesen wir die Bitte: „mit einem freudigen Geist rüste mich aus“ und den Entschluß, die selbst gewonnene Erkenntnis des Willens Gottes und die Erfahrung seines Trostes weiterzugeben an die Brüder: „Ich will die Uebertreter deine Wege lehren, daß sich die Sünder zu dir bekehren.“ „Herr, tue meine Lippen auf, daß mein Mund deinen Ruhm verkünde.“ Hier schließt sich der Ring unserer Betrachtung. Ja, Gott hat allen, auch den religionslosesten Spöttern etwas zu sagen und zwar durch unsern Mund, aus der Tiefe eines durch Angst und Zerschlagenheit rein, neu und gewiß gewordenen, vom Geiste Gottes erfüllten Herzens, mit einer freudigen Stimme.

C. Afr. Bietenholz.

Der Einzelne und der Staat.¹⁾

Ein Beitrag zur heutigen Lage.

Das Gebiet, auf das ich Sie heute Abend führen möchte, ist nicht im engern Sinne ein religiöses oder gar kirchliches. So lange Menschen leben, mußten sie sich praktisch und theoretisch mit der Frage, die in unserm Thema liegt, auseinandersetzen und zahllos sind die Lösungen, die einesteils von Denkern über den Staat

¹⁾ Es handelt sich im Folgenden um einen Vortrag, der das ganze Problem, das in dem Thema steckt, weder erschöpfen will noch kann, der es aber gerade von der gegenwärtigen Lage aus den Hörern näher bringen wollte. Er wurde im Februar vor der „Vereinigung unabhängiger Kirchengenossen“ in Basel gehalten.

vorgeschlagen, andernteils von geschichtlich gewordenen Staaten wie von Einzelnen praktisch versucht worden sind. Jedesmal aber, wenn in der Menschengeschichte tief aufwühlende Katastrophen eintraten, wenn die seelische Struktur des Einzelnen aus ihrem Gleichgewicht heraustrat, mußten auch die überlieferten Formen des menschlichen Zusammenlebens neu geprüft werden. Man stand vor der Frage, die uns heute beschäftigen soll: der Einzelne und der Staat, oder um die Sache mit zwei modernen Schlagworten zu bezeichnen: Individualismus und Sozialismus.

Die Gegenwart, insbesondere aber die vier Kriegsjahre, haben uns allen immer wieder in konkreten Fällen den in dieser Frage eingeschlossenen Gegensatz gezeigt. Ich erinnere Sie an die Dienstverweigerer, die aus ehrlicher Ueberzeugung an den Staat die Frage gerichtet haben: Hast du wirklich das souveräne Recht, mich zum Töten anderer Menschen zu zwingen? Ich erinnere Sie an die zahlreichen Vorschriften, mit denen der Staat während des Krieges in unserm doch von blutigen Kämpfen verschonten Lande bis tief in unsere häuslichen Gewohnheiten eingriff, in Gewohnheiten, die uns bisher als unantastbar erschienen. Ich erinnere Sie, wie unsere welschen Miteidgenossen den Deutschschweizern ihren „Etatisme“ vorrückten, d. h. ihre relativ geduldige Unterordnung unter die außerordentlichen Vollmachten des Bundes, während sie ihren eigenen Individualismus priesen, der sich gegen alle Eingriffe von Bern her zur Wehr setzte. Was wir erlebt haben, ist aber wenig, gegenüber dem, was den Menschen in unsern Nachbarländern, z. B. in Deutschland zuteil wurde. Kein Zeitungsredaktor konnte mehr schreiben, was ihm richtig schien; die staatliche Zensur griff ein. Kein privater Brief konnte unzensuriert über die Grenze gehen. Die Glocken im Kirchturm und die Kupferkessel in der Küche waren nicht mehr sicher vor der Hand des allmächtigen Staates. Und auch für die Zukunft ist man in Deutschland überzeugt, daß man ohne starke Sozialisierung, d. h. Ueberführung der Güterproduktion und auch ihrer Verteilung in die Hand des Staates nicht wird auskommen können. Dazwischen erleben wir in demselben Deutschland ein wildes, regelloses aber kräftiges Erwachen des Individualismus, der nun jedes Recht und jedes geordnete Zusammenleben zu sprengen droht. So tritt überall dieser Gegensatz in greller Beleuchtung an den Tag.

Auf der einen Seite stehen die Freiheitsansprüche des einzelnen, sein Recht auf Glück und Aufstieg, die Forderungen seines Gewissens. Auf der andern stehen die Pflichtforderungen der als Staat organisierten Gesamtheit des Volkes, die Beschränkungen und Verengerungen, die sie dem einzelnen auflegt. Kann man restlos auf die eine oder andere Seite treten? Oder ist wenigstens im Zweifelsfalle die unbedingte Ueberordnung der

einen über die andere Linie möglich? Oder wie ist ein sittlich-wertvolles Verhältnis zwischen den Anforderungen von beiden Seiten denkbar? Gibt es Forderungen, die für unsere heutige Lage besonders dringend sind? Das ist der Fragenkomplex, der sich mir aus diesem Gegensatz ungezwungen heraushebt. Daß ich Ihnen im Raum einer Stunde keine letzten Lösungen, ja nicht einmal eine vollständige Uebersicht über diese Fragen geben kann, das weiß ich wohl. Es genügt mir, wenn ich Ihnen zum Bewußtsein bringen kann, wie tief sie heute in unser persönliches und politisches Leben eingreifen und alle zur Mitarbeit auffordern.

Ich habe mein Thema formuliert: „Der Einzelne und der Staat“, nicht „Der Einzelne und die Gemeinschaft“ oder das „Gemeinwesen“. Mit Absicht. Ich kann die Hege auf das Wort „Staat“ nicht mitmachen, die heute Mode geworden ist. Ich finde es für einen Russen wie Lenin begreiflich, für einen Schweizer aber eine komische Nachäffung, wenn man den Staat als die Organisation einer Klasse zur gewaltsamen Unterdrückung anderer Klassen definiert. Das stimmt in Rußland von Kuriß bis Lenin, aber nicht für die Demokratie in der Schweiz. Ich kann auch nicht folgen, wenn Professor Ragaz einer Reihe von guten Mächten, d. h. „Liebe, Seele, Christus, der Mensch“, eine Reihe von bösen Mächten, d. h. „Gewalt, Stoff, Caesar, der Staat“, gegenüberstellt. Staat und Mensch stehen für mich nicht im Gegensatz von böse und gut. Und die Ersetzung des Wortes „Staat“ durch „Gemeinwesen“ ist mir nur ein Spiel der Worte. Wenn ich heute Abend vom „Staat“ rede, so denke ich also lediglich an die Organisation, die sich ein Volk gibt, um seinen Gesamtwillen zum Ausdruck zu bringen. Eingeschlossen in diesen Begriff ist auch die Tatsache, daß der Staat sich das Recht nimmt, den einzelnen zu gewissen Dingen zu zwingen. Nicht eingeschlossen ist dagegen, daß ich die gegenwärtige bei uns oder anderwärts verwirklichte Form des Staates als ein Höchstes und Letztes ansehe. Er ist mir einfach eine besonders typische und technisch hoch entwickelte Form des menschlichen Zusammenlebens, die irgendwie auch in aller Zukunft existieren wird.

*

*

*

Unsere Frage: Wie steht der Einzelne zum Staat? hat naturgemäß alle Denker beschäftigen müssen, die sich mit dem eigenartigen Gebilde Staat abgegeben haben. Neben den selteneren extrem-radikalen Lösungen nach der einen oder andern Seite stehen naturgemäß die viel zahlreichern mittleren Lösungen. In der Wirklichkeit der Staatenbildung ist eine mittlere Linie sogar unvermeidlich. Dabei gibt es Zeiten und Länder, die ihrer ganzen Tendenz nach mehr zur individualistischen und solche, die mehr zur etatistischen oder protektionistischen Lösung neigen. So steht dem griechisch-römischen Alter-

tum der Staat hoch über dem Einzelnen, wenigstens vor seiner rationalistischen und christlichen Zersetzung. England ist das klassische Land des Individualismus, Frankreich bis hinein in unsere Tage das Land der staatlichen Zentralisation, im sechszehnten und siebenzehnten Jahrhundert auch des ausgesprochenen Protektionismus. Dabei ist es ein begreiflicher Scherz der Geschichte, daß der extremste Anhänger der unbedingten Staatsoberhoheit ein Engländer, Thomas Hobbes, ist, während der englische, dem Einzelnen mehr Raum gewährende Staat seinen Lobredner in Frankreich gefunden hat, d. h. in Montesquieu. Die Theorie lebt hier, wie so oft, von dem Gegensatz gegen die Wirklichkeit.

Doch ich will mich nicht bei geschichtlichen Reminiscenzen aufhalten, sondern will versuchen, Ihnen den Gegensatz der extremen Theorien typisch darzustellen, ohne daß die eine oder die andere Formulierung den Anspruch erhebt, sich mit den Ansichten eines bestimmten Theoretikers zu decken.

Die individualistische oder liberale Staatstheorie, wie sie im achtzehnten Jahrhundert ausgebildet wurde und im neunzehnten Jahrhundert Gemeingut aller liberalen Politiker geworden ist, lautet etwa dahin: Der Ursprung des Staates führt zurück auf einen staatenlosen Zustand, in dem es nur Einzelne gab, die einander befehlten. Aus diesem Urzustand haben sich die Menschen mittelst eines Urvertrages untereinander, hinausgehoben, wobei sie aber gewisse ursprüngliche, jedem Menschen angeborene Menschenrechte nicht preisgaben. Diese Menschenrechte, die auf angelsächsischem Boden in Amerika zum ersten Mal ausgesprochen wurden, hat die französische Revolution klassisch formuliert: Es sind das die Gewissensfreiheit, die Pressfreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Recht auf Eigentum, der Schutz vor ungesetzlicher Verhaftung. Der Zweck des Staates ist zunächst lediglich, diese persönlichen Rechte zu schützen und dafür zu sorgen, daß keiner gewalttätig in die Menschenrechte des andern übergreift. Also zunächst ein reiner Polizeistaat. Erst im Laufe der Entwicklung tritt dazu auch noch die Forderung, daß der Staat für das größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl — natürlich der einzelnen Bürger — zu sorgen habe. Der Staat hat nur dann einzugreifen, wenn es unumgänglich nötig ist, hat sich aber mit dem Privatleben des Einzelnen nicht abzugeben. „Die Regierung ist die beste, die am wenigsten regiert,“ so lautet eine in Amerika landläufige Staatsmaxime.

Nur ein konsequent zu Ende gedachter Individualismus ist es, wenn der Anarchismus jeden Eingriff des Staates in das Einzelleben ablehnt. Daß der Anarchismus in Rußland seine ausgeprägtesten theoretischen Vertreter hat, kann nach dem schon aufgezeigten Gesetz des Gegensatzes von Wirklichkeit und Theorie uns nicht verwundern.

Ebenso wenig auffallend ist es, wenn eine dritte Form des Individualismus, die Anschauung nämlich, daß der ganze Sinn und Zweck des Staates als Massenorganisation im Grunde die Züchtung und Förderung des hervorragenden Einzelnen, des Künstlers, des Helden, des Uebermenschen sei, gerade auf dem Hintergrunde ausgesprochen demokratischer Bewegungen sich abhebt. Carlyle fordert in der Zeit der Chartistenbewegung zur Heldenverehrung auf, Nietzsche hat nach 1870 im Zeitalter der Emporkömmlinge seinen Uebermenschen konzipiert, Jakob Burckhardt hat sich aus dem demokratisch werdenden Basel in die Welt der Höhenleistungen, der Renaissancekunst geflüchtet.

Dieser Staatsauffassung, die zum mindesten den Zweck des Staates, vielfach aber auch dessen Ursprung im Einzelnen sieht, steht eine gegenteilige Betrachtungsweise gegenüber, die am ausgesprochensten von den Staatsrechtslehrern der Romantik, aber auch von H. von Treitschke, dem Staatstheoretiker und Geschichtsschreiber des preußisch-deutschen Kaiserreiches vertreten worden ist: Einen Staat gibt es, solange es Menschen gibt. Die Keimzelle des Staates ist nicht der Einzelne, sondern die Familie und aus dieser Keimzelle ist der Stamm, die Siedelung und schließlich der Staat herausgewachsen. Der Staat muß als eine eigenartige Persönlichkeit aufgefaßt werden, die unabhängig von den Einzelpersonen, die im Staatsgebiet wohnen, eine nicht nur tatsächliche, sondern auch eine sittliche Eigengesetzlichkeit hat. Sein Zweck ist zunächst nicht die Wohlfahrt seiner Glieder, sondern seine Selbsterhaltung, die Wohlfahrt der Glieder aber nur soweit, als sie seiner Selbsterhaltung dient.

Man achte z. B. auf die Motive der Bismarck'schen Altersfürsorge, die doch in ernster Linie in einer Ablenkung der Massen von staatsgefährlichen, d. h. den Bestand des Staates bedrohenden Gedankengängen zu suchen sind. Der Einzelne hat aber auch im Kriege ohne weiteres sein Leben für die Erhaltung des Staates einzusetzen. Wo der Staat in seinem eigenen Interesse für die Wohlfahrt der Untertanen sorgt, da tut er es als der Bestimmende, der alles weiß, was dem Wohle des Untertanen frommt, handle es sich nun um einen Schutzzoll, ein Fabrikgesetz oder ein Fürsorgegesetz für Kranke oder Invalide. Stets ist der Einzelne letzten Endes das Objekt der Staatsfürsorge.

Zwischen den beiden hier gekennzeichneten Extremen liegen natürlich eine Menge Theorien, die irgendwie die Mitte halten, oder nach der einen oder andern Seite hinneigen. Noch viel mehr liegen alle praktischen Lösungsversuche dieses Gegensatzes auf einer mittlern Linie. Im wirklichen Leben hat sich stets wieder mit elementarer Gewalt das Individuum gegenüber dem überstarken Staate aufgelehnt und umgekehrt hat sich die Notwendigkeit eines wirksamen

Staates gerade in den schwierigen Zeiten eines Volkes wie von selber geltend gemacht. Auf einen Wellenberg der Staatsüberschätzung ist stets mit Sicherheit ein Wellental der Unterschätzung gefolgt. Und nicht anders ging es der Einschätzung des Individuums.

*

*

*

Damit stehen wir vor der Frage: An welchem Punkte dieses ewig hin- und herflutenden Wellenspiels oder vielleicht der Entwicklung stehen wir heute nach den vier Kriegsjahren, inmitten der revolutionären Gährung?

Hinter uns liegt vielleicht das ausgeprägteste Zeitalter des Individualismus und Liberalismus. Allen, die mit ihrem Leben noch ein tüchtiges Stück ins letzte Jahrhundert zurückreichen ist dieser Liberalismus noch fest in Fleisch und Blut und in den Knochen, trotzdem längst gewisse Erscheinungen in Wirtschaft, Sitte und Staat über ihn hinausweisen. Längst ist auch bei uns der Zwang der Kunst gefallen. Jeder kann im wirtschaftlichen Leben die Stellung einnehmen, die er seiner Tüchtigkeit und seinen sonstigen Hilfsmitteln verdankt. Jeder hat das Recht, ein Millionär zu werden, wenn er nur versteht, wie er es machen soll, jeder darf uns als sogenannter Architekt die ärgsten Schauerbauten in eine schöne Gegend oder eine charakteristische Stadtstraße stellen, wenn er die Mittel dazu hat. Jeder kann schreiben und reden, was er für wahr hält, die Korrektur ergibt sich von selber durch den, der das Gegenteil schreibt und redet. Den Staat geht das nichts an. Jeder hat die volle Freiheit, seine Gesundheit und die seiner Nachkommen zu Grunde zu richten, aber auch sich und seine Kinder aufs höchste auszubilden und zu verfeinern, falls ihm das mehr zusagt. Nicht zufällig hat die Pädagogik der letzten Jahrzehnte den Individualismus in verschiedener Form gepflegt, sei es in dem Ideal einer sittlichen Persönlichkeit — das war das hohe und oft mißbrauchte Schlagwort — sei es in Form des souveränen, nur seinen eigenen Eingebungen folgenden Kindes nach Ellen Key oder Berthold Otto. Schranke und Zwang waren stets das Uebel, der einzelne und seine Eigenart hatten immer von vorneherein Recht. Es ist gar keine Frage, daß dieser Individualismus des vergangenen Jahrhunderts für viele etwas Hochbeglückendes an sich hatte, natürlich vor allem für die, welche durch einen gewissen Wohlstand in die Lage versetzt waren, ihn zu genießen und auszubauen. Ebenso sicher hat er einen Menschentypus gefördert, der nicht verächtlich ist, den self-made-man, freilich auch seine Karrikatur, den Parvenu und zwar beide sowohl auf wirtschaftlichem wie auf geistigem Gebiete.

Daß dieser restlose Individualismus auf allen Gebieten des menschlichen Lebens und Handelns nicht das letzte Wort sein konnte, das hat man freilich längst an verschiedenen Punkten gespürt.

Auf wirtschaftlichem Gebiet waren z. B. früh schon gewisse Einschränkungen der Gewerbefreiheit unerlässlich. Daß die absolute Gewerbefreiheit bei Ärzten und Apothekern unter Umständen für die übrigen Menschen lebensgefährlich werden konnte, das mußte auch den heftigsten Liberalen einleuchten.

Viel tiefer griff aber eine andere Erfahrung. Die absolute Gewerbefreiheit gab zwar theoretisch jedem die Möglichkeit als Großindustrieller sich ein Riesenvermögen zu erwerben, aber nur wenige waren durch die Umstände so begünstigt, daß sie tatsächlich ihre individuellen Fähigkeiten voll nach dieser Seite entwickeln konnten. Die große Menge blieb trotz dem theoretischen Recht des Aufstieges für sich und ihre Nachkommen außer Stande, diese individuelle Höherentwicklung mitzumachen. Die Befreiung des Gewerbes von allen Schranken führte zwar zu einer ungeheuren Entfaltung aller Einzelinitiative, aber tatsächlich bedeutet sie nur die Höherentwicklung eines kleinen Teils, dessen Abstand von der großen Masse sich von Jahr zu Jahr vergrößerte.

Am höchsten ist wohl diese Entwicklung im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten zugleich im Kernlande des Individualismus, in den Vereinigten Staaten von Amerika gestiegen. Die wirtschaftlichen Großmächte in Gestalt der Riesenunternehmen oder der Unternehmersyndikate, der Trusts, haben vor wenigen Jahren eine Höhe und einen Einfluß erlangt, die den Präsidenten Wilson zu einem eindringendem Mahnruf an das amerikanische Volk zur Wahrung seiner Freiheit veranlaßte. In dem Buche „Die neue Freiheit“ zeigt er unwiderleglich, wie der Staat den Individualismus des Einzelnen auf dem Wirtschaftsgebiet ruhig gewähren läßt, wie aber Gefahr besteht, daß die Riesen trusts alle Freiheit und Aufstiegsmöglichkeit des heute noch Kleinen und werdenden zuschanden machen. Diesem Kleinen und werdenden auf dem Wege des Gesetzes Luft zu schaffen, darin sieht Wilson als echter Amerikaner seine Aufgabe und nicht etwa in der Sozialisierung respektive Verstaatlichung der Riesenbetriebe. Er will auch bei der Rettungsaktion nicht Sozialist sein, sondern Individualist bleiben.

In der Einleitung zu dem Buche, die ebenfalls aus der Feder eines Amerikaners stammt, heißt es: „Die Notwendigkeit ist gekommen, das Aufsichtsrecht der Staatsgewalt auf Gebiete auszudehnen, die dem ältern Amerika als ein unantastbares Allerheiligstes des Individuums galten. Wo früher das Recht der Regierung aufhörte, werden morgen ihre folgenreichsten Pflichten beginnen. Die Uebernahme dieser Pflichten wird in der Praxis unwillkürlich eine Vergrößerung der Machtbefugnisse mit sich bringen. Der neuen Organisation des Wirtschaftslebens (eben in großen Syndikaten) muß eine neue Organisation des Staatslebens folgen: und ihr eine Erneuerung der gesamten Kulturideale.“ Das Eingreifen des Staates denkt sich Wilson vor allem zugunsten der Unternehmungsfrohen, die noch

auf den untern Stufen des Wirtschaftsgebäudes stehen: „Nötiger als anderes,“ so schreibt er, „braucht unser Land eine Reihe von Gesetzen, die sich jener annehmen, die geschäftlich im Werden sind, und nicht jener, die bereits „gemacht“ sind.“ Den Unterschied zwischen der alten und der neuen Zeit in Amerika zeichnet Wilson mit den Worten: „In der guten alten Zeit, als das Leben noch recht einfach war, nahmen wir an, die Regierung brauche nichts weiter zu tun, als eine Polizeiuniform anzulegen und zu erklären: Jetzt darf keiner dem andern etwas tun. Wir pflegten zu sagen, das Ideal einer Regierung sei für jeden, in Ruhe gelassen und nicht gestört zu werden, ausgenommen man störte einen andern; und als die beste Regierung galt jene, die so wenig als möglich regierte. Das war die Vorstellung, die zu Jeffersons Zeit waltete. Jetzt beginnen wir zu erkennen, daß wir es nicht mehr mit den alten Verhältnissen zu tun haben und daß das Leben so kompliziert geworden ist, daß das Gesetz eingreifen und neue Verhältnisse schaffen muß, die uns das Leben erträglich machen.“ So sah man auch in Amerika, vielleicht dem liberalsten Land der Erde neben England, die Wendung kommen.

Daß auch auf sittlichem Gebiete die uneingeschränkte Freiheit des Einzelnen namentlich für die Volksgesundheit gefährliche Blüten trieb, das ist ebenfalls längst erkannt worden, aber die Leute, die Einschränkungen versuchten haben, sind auf härteste Widerstände gestoßen. Wer gegen die Alkoholfreiheit oder für die Polizeistunde, gegen die Spielbanken oder gegen die Kine-matographenfreiheit sich wehren wollte, mußte sich bis auf unsere Tage als Mucker oder doch als ein gänzlich in der Kultur zurückgebliebener Mensch behandeln lassen. Wie z. B. unsere Bundesbehörden die Spielbankinitiative behandeln, respektive nicht behandeln, das ist das beste Zeichen, wie tief ihnen der restlose Individualismus auf sittlichem Gebiete noch im Blute steckt. Und das in einer Zeit, da die nordischen Länder Europas und viele Einzelstaaten der amerikanischen Union längst zu einschränkenden Maßregeln, ja zur Abschaffung des Alkoholkonsums übergegangen sind.

So zeigen sich überall Anzeichen, daß der Staat zu neuen Bindungen der persönlichen Freiheit des Einzelnen gedrängt wird. Auch in den Arbeitergewerkschaften zeigen sich doch wohl in erster Linie neue, unbedingt notwendige Bindungen, die die Freiheit des Einzelnen beschränken und die vielleicht mit der Zeit einen staatlichen Charakter erhalten werden.

Diese da und dort sich zeigenden Ansätze zum Eingreifen des Staates oder zur Sozialisierung haben durch den Krieg eine unmeßbare Verstärkung erfahren. Das Tempo ist namentlich in den kriegsführenden Ländern zur Schnellzugsgeschwindigkeit angewachsen.

Deutschland war gezwungen, seine so schon starke Organisation des Staates zur Ueberorganisation zu steigern. Die Zivildienstpflicht versuchte jeden Einzelnen dem Dienst des Staates einzugliedern, vom Militär nicht zu reden. Glaubens- und Gewissensfreiheit waren auf politischem Gebiete für vier Jahre aufgehoben. Auch die Freiheit der Genüsse war in vielen Punkten, jedenfalls für die große Masse der Bevölkerung, fast restlos aufgehoben. Das besorgte die Rationierung aller Lebensmittel und die Teuerung. So restlos hat wohl kaum zu einer Zeit der Staat über den Einzelnen dominiert wie das in Deutschland während der Kriegszeit der Fall war. In den Ländern der Entente mag der Druck bedeutend kleiner gewesen sein. Aber daß England das Palladium seiner Freiheit aufgab und die Militärpflicht einführte, und daß Amerika ihm folgte, das spricht doch ganze Bände.

Das Ende des Krieges aber hat uns eine ganz widerspruchsvolle Situation gebracht: weder eine glatte Weiterführung der Staatsallmacht noch eine einfache Rückkehr zu den doch verhältnismäßig liberalen Methoden der Vorkriegszeit. Vielmehr steht auf der einen Seite als Theorie die Forderung scharfer Sozialisierung von Seiten des Staates und damit letzten Endes einer unermesslichen Machtvermehrung der Gesamtheit — wobei die mehr oder minder demokratische Organisation des Staatswillens außer Acht gelassen ist. Lenin fordert die schärfsten Arbeitsmethoden wie Taylorsystem und Akkordarbeit von Seiten des Staates; wenn Deutschland zu einer wirklichen Sozialisierung des Wirtschaftslebens kommen soll, so wird umfaßendster Arbeitszwang und damit ein Eingriff schärfster Art in das Leben des Einzelnen notwendig werden. Ein Kurt Eisner stellt die Alternative: Sozialismus oder Untergang. Wohl alle, die über den heutigen Tag hinaussehen, müssen eine ungeheure Verstärkung der Staatsgewalt, d. h. der Macht der Gesamtheit, voraussehen. Ob sie uns angenehm oder unangenehm ist, spielt in der ungeheuren Zwangslage, in der wir uns befinden, keine Rolle.

Dieser Einsicht, daß nur eine starke, aber möglichst allen billige Organisation der Arbeit in Industrie und Staat unsere Zukunft sein kann, einer Einsicht, die unter andern Walter Rathenau mit aller Schärfe ausgesprochen hat, steht nun in tragischem Widerspruch die Tatsache gegenüber, daß z. B. die Psychologie der Massen, speziell in den kriegsführenden Ländern, auf alles eher eingestellt ist, als auf Sozialismus und damit auf verstärkte Staatsgewalt. Man hat vor allem im Militär, aber auch im bürgerlichen Leben die Hand des Staates so ungeheuer schwer auf sich gespürt, daß sich jeder jetzt dieser schweren Hand, sowie jeder Hand, die ihn zu irgendetwas zwingen will, soviel er nur kann entzieht. Genießen, Tanzen, Reden halten, nur nicht Arbeit und Einordnung, das ist in Deutschland heute Massenseimmung. Und verwunderlich ist es nicht.

In den kriegsführenden Ländern, vor allem in Rußland und Deutschland, stehen wir durchaus nicht im Zeichen des Sozialismus, sondern — so scheint mir — im Zeichen des Massenindividualismus und damit einer ungeheuren seelischen Reaktion gegen die ganz außerordentlich harte Hand des Staates während der vergangenen Jahre. Auch unsere schweizerischen, relativ harmlosen Kriegsmassnahmen haben eine analoge psychologische Lage geschaffen, wenn sie auch niemals dieselbe Schärfe besitzen kann. Alle diejenigen, die in der gegenwärtigen Weltordnung weder Individualisten der Lebensfreude, noch der geistigen Arbeit oder der wirtschaftlichen Stellung sein konnten, haben durch den Krieg und seine Maßregeln den verschärften Druck des Staates gespürt, viel mehr als ihre besser situierten Mitbürger, und nun wollen sie auch einmal Individualisten sein, auch einmal den unpersönlichen Druck der monotonen Arbeit und, wie es ihnen vorkommt, des Klassenstaates abwerfen, dem sie rettungslos und hoffnungslos für alle Zeit ausgeliefert zu sein schienen. In teilweise gewiß unerfreulichen Formen bricht ein elementarer Freiheitsdrang hervor, der sich auf den ersten Blick einfach als Egoismus des Einzelnen oder einer Gruppe zeigt. Daß — wie z. B. bei den Arbeitsniederlegungen der deutschen Bergarbeiter — nicht nur die Allgemeinheit, der Staat, dadurch geschädigt wird, sondern auch andere Arbeitergruppen in schwere Verdienstlosigkeit gedrängt werden, diese Ueberlegungen scheinen in gewissen Kategorien von Arbeitern kaum mehr zu existieren.

Somit stehen wir heute vor der schmerzlichen Erkenntnis, daß der Individualismus, dessen wir uns auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens, aber auch der geistigen Bildung erfreut hatten, und der unser Stolz gewesen war, doch nur der Besitz und das Glück einer verhältnismäßig kleinen Zahl gewesen ist, daß die große Masse unseres Volkes wirtschaftlich und geistig zwar vom Staate aus die theoretische Möglichkeit besessen hat, sich nach individuellen Bedürfnissen emporzuentwickeln, daß aber der Druck der wirtschaftlichen Zustände diese Möglichkeit immer seltener zur Wirklichkeit werden ließ, und daß schließlich die gewaltige Verschärfung des materiellen und geistigen Druckes durch den Krieg und seine Folgen bei den Massen die elementare und berechtigte Sehnsucht, auch einmal ein Einzelner mit all seinen heiligen und unheiligen Rechten zu werden, den Grad leidenschaftlicher Siedehitze erreicht hat. Dieser Massenindividualismus, der sich vielfach in der unschönen Form des Massenegoismus äußern mußte, wird nur zerstörend wirken können. Der liberale Staat, den wir noch haben, war recht für eine Menge ökonomisch in nicht zu großen Abständen lebender Menschen. Die industrielle Entwicklung der letzten 50 Jahre, die eine unerhört große und tiefe Differenzierung zwischen der Masse und einer Anzahl freierer und glücklicherer Individuen mit

sich gebracht hat, wird diesen Staat zertrümmern, wenn wir nicht rechtzeitig verstehen, ihn so umzubauen, daß ein neues und menschlicheres Zusammenleben und Zusammenarbeiten der Individualisierten und der Masse möglich wird, wenn sich nicht die beiden Teile des Volkes in ganz neuer Weise durchdringen und verschmelzen. Nach dieser Richtung suchen heute viele den Weg zu dem, was man als den sozialen Staat bezeichnet. Nur eine Gesellschaftsordnung, die den beiden großen Spannungen zwischen dem Staatsdruck und dem Massenindividualismus einerseits, und zwischen der wenig individualisierten Masse und dem oft übermäßig individualisierten Einzelnen in hohem Grade mildern kann, wird uns über die kritischen Zeiten, in denen wir leben, ohne schwere Katastrophen wegbringen können.

Unsere Frage: „An welchem Punkte der Entwicklung stehen wir heute?“ muß ich also dahin beantworten: Wir stehen vor der Gefahr, daß der Individualismus des vergangenen Jahrhunderts im Bösen wie im Guten mit der Schicht, die sein besonderer Träger war, zugrunde geht, nicht durch einen Sozialismus, d. h. durch eine gerechtere und billigere Ordnung des Zusammenlebens der Völker, sondern durch einen Massenindividualismus, der vielleicht niemals im Stande ist, die hohen und guten Seiten der individualistischen Grundidee zu verwirklichen.

* * *

Nachdem wir so einen Blick getan haben in die Gegensätzlichkeit der beiden Betrachtungsweisen über den Einzelnen und den Staat, und nachdem wir die besondere Lage zu erkennen versucht haben, in dem sich gerade in unsern Tagen dieses ewige Menschheitsproblem befindet, bleibt uns noch übrig Aussicht zu halten, nach Richtlinien, die sich uns für die Zukunft ergeben können. Es ergibt sich die Frage: Wie können die wirklich wertvollen und aufwärtssführenden Elemente des hinter uns liegenden individualistischen Zeitalters übergeführt werden in einen künftigen Staat, der in viel höherem Maße als der bisherige sozialistisch sein muß, der also mit einer Rücksichtslosigkeit, die uns bisher fremd war, die Interessen der Allgemeinheit, des Staates vor die Interessen des Einzelnen und der kleinen oder großen Machtgruppen stellen muß?

Diese Frage greift natürlich sehr weit aus. Doch liegt es mir fern, hier auf politische Einzelheiten einzutreten, die ins Unendliche führen müßten. Es kann sich nur um gewisse allgemeingiltige Grundlinien handeln, die sich mir aus meinem Erfahrungsfreiß heraus ergeben, bei denen ich aber durchaus nicht nur an unsern Stadtstaat oder unsern Bundesstaat denke, sondern mehr

an das Gemeinsame, das in allen Staatswesen heute mehr oder minder deutlich sichtbar ist.

Bevor ich aber darauf eintrete, bin ich Ihnen noch eine Auskunft schuldig über den Standpunkt, den ich persönlich gegenüber unserm Problem einnehme. Für mich ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß der Ursprung alles Großen, das in der Welt geschieht, alles Fortschrittes, aller Initiative nur beim Einzelnen liegen kann. Schon eine Kommission ist bekanntlich niemals schöpferisch tätig, ebensowenig eine Partei, oder die Masse des ganzen Volkes. Die Ideen, die Willens- und Stoßkraft für alles Vorwärtstommen gehen von der Intuition oder von dem Gewissen des Einzelnen aus. Das schließt natürlich nicht aus, daß der Einzelne seiner Umgebung, seinem Volke unendlich viel verdankt, daß sachlich stets vieles, was einer ist und weiß und kann, auf Vorfahren und Umgebung zurückgeführt werden muß. Aber der Impuls, das Leben geht vom Einzelnen aus.

Das Ziel des Lebensprozesses und damit auch die Aufgabe des Staates aber kann niemals sein, den Einzelnen in erster Linie hochzuzüchten, so daß er fern von allen andern ein einsames, ja vielleicht für die Gesamtheit unfruchtbares Dasein führen kann. Die Lebensenergie des Einzelnen hat doch nur dann einen Wert, wenn sie befruchtend und fördernd wieder in den Strom der Allgemeinheit einmündet, wenn sie dem Volke wieder zugute kommt. Damit ist nun nicht gesagt, daß man vorschnell über einen Menschen urteilen soll, wenn er seine z. B. künstlerische Energie nicht sofort in allgemein verständlichen und öffentlichen Nützlichkeiten ausprägt. Aber überall — so scheint mir — in Kunst und Wissenschaft, in Schule und Leben müssen die Wege bewußt und notwendig wieder zum Volke, oder bei ganz Großen zur Menschheit zurückführen. Ich vermeide in diesem Zusammenhang absichtlich das Wort „Staat“, weil es mir hier zu eng erscheint.

Die Betrachtung der Notwendigkeiten, die sich aus dem Verhältnis zwischen dem Einzelnen und dem Staat ergeben, muß nun von zwei Punkten aus gesehen: von Seiten des Staates und von Seiten des Einzelnen aus. Dabei bin ich mir wohl bewußt, daß es in der Demokratie dieselben Leute sind, die als Staatsbeamte oder Regierende das staatliche Leben von oben und anderseits als die von den Staatsmaßnahmen betroffenen Einzelbürger von unten her ansehen müssen. Und doch ist eben die Einstellung gegenüber diesen Dingen zunächst eine verschiedene, wenn man als Organ des Gesamtwillens, also des Staates, oder wenn man als einfacher Staatsbürger an sie herantritt.

Betrachten wir also die Situation zunächst von Seiten des Staates. Das große Zauberwort heißt heute Sozialisierung der Betriebe, d. h. Uebergang der Privatwirtschaft in

Staatswirtschaft. Das Wort braucht nicht in dem massiven Sinne aufgefaßt zu werden, wie es in der deutschen Revolution die Arbeiter mancher Geschäfte auffaßten, indem sie einfach als Gesamtheit, von heute auf morgen einen Betrieb als ihren Besitz erklärten. Wir können durchaus an einen ruhigen Uebergang der industriellen Betriebe an den Staat durch Ablösungssentschädigungen denken. Diese Sozialisierungen würden — so rechnet man — den Arbeitsertrag in höherem Maße als bisher dem einzelnen beteiligten Arbeiter und den Ueberschuß dem Staate, der Allgemeinheit zuführen. Dem gegenüber steht die Forderung „Privatwirtschaft um jeden Preis“. Der Staat, so heißt es, hat in den jetzt schon sozialisierten Betrieben, d. h. den Eisenbahnen, Trambahnen u. s. w. gezeigt, daß er unfähig ist, ökonomisch zu arbeiten. Sozialisierung bedeutet nur eine ungeheure Erschwerung und Vermehrung der Beamtenhierarchie und Bureaukratie, Sozialisierung schaltet vor allem die Initiative des Einzelnen aus, da er nicht mehr die unbegrenzte Möglichkeit hat, durch seine Initiative reich zu werden.

Die Einwände sind sicher nicht einfach auf die leichte Achsel zu nehmen. Wie schwer das Sozialisieren von Betrieben im konkreten Falle ist, das haben die eifrigsten Revolutionismänner in Deutschland und Rußland sofort nach dem politischen Umsturz gespürt und ausgesprochen. Die Sache ist leicht, wenn man von der Psychologie des konkreten Menschen absieht, aber das bedeutet eben nur — theoretisch leicht.

Nun ist den Gegnern der Sozialisierung im allgemeinen eines zu sagen: Ohne Initiative des Einzelnen wird allerdings weder ein industrieller Betrieb noch eine Schule, noch ein Staat existieren können. Aber wenn man annimmt, Geldverdienen und Reichwerden seien die einzige, ja auch nur die höchste Triebkraft der Initiative des Einzelnen, so liegt darin doch eine Geringschätzung der Menschen, die nur aus dem Zeitalter des rein individualistischen Kapitalismus verständlich ist. Richtige Bewegungsfreiheit innerhalb des ganzen und der Stolz, sich der Gesamtheit unentbehrlich zu machen sind — um von noch höhern Motiven abzusehen — doch auch Triebkräfte zur Entfaltung der Initiative.

Immerhin gebe ich zu, daß der Staat, wie wir ihn heute in unserer Demokratie besitzen, nicht sonderlich geeignet ist, ohne weiteres in den verstaatlichten Betrieben die Initiative des Einzelnen und damit die Leistung der Gesamtheit auf der Höhe zu halten. Denn unser Staat vertritt auf der einen Seite nicht in vollem Maße die Gesamtheit und er ist auf der andern Seite durch seine ganze Struktur nicht in der Lage die höchste Initiative einer möglichst großen Zahl zur Entfaltung zu bringen. Er ist also mit andern Worten nicht geeignet, durch sein Stehen über den Parteien und Einzelorganisationen

das Vertrauen des gesamten Volkes zu erwerben und er ist nicht so funktionsfähig wie z. B. ein gut geleiteter privater Großbetrieb. Die Kritik, die von bolschewistischer Seite, vor allem von Lenin, am bestehenden Staate geübt wird, daß er einerseits ein Klassenstaat sei, andererseits nicht der Ausdruck der wirklich starken Kräfte eines Volkes, mag im einzelnen übertrieben sein, sie hat aber trotzdem einen guten Kern Wahrheit in sich.

Daß in Amerika der Staat dem Einfluß der Industriemagnaten und Trusts, also in letzter Linie einzelner Privatleute zu erliegen drohte, ist aus den Ausführungen Wilsons hervorgegangen. Bei uns fehlen ja die Milliardäre Amerikas, die so sichtbar die Schwäche des Staates auszunützen wissen. Aber dem Eindruck, daß der Staat, in diesem Falle der Bund, nicht über den industriellen oder kollektiven Einzeleinflüssen steht, hat sich doch während des Krieges niemand sich entziehen können. Waren es heute die Interessen eines Großindustriellen, die geschützt werden mußten, so waren es morgen die der Bauern und übermorgen die der Eisenbahner. Wer am stärksten seine individuellen Interessen geltend machen konnte, der kam zuerst an die Reihe. Der Staatswille ist bei uns in Kanton und Bund zu sehr einfach die Komponente der Einzel- und Kollektivegoismen, die Addition und Division der Egoismen gibt aber noch keinen Staatswillen ab, der konsequent und ohne Schwanken das beste Gedeihen des Ganzen im Auge hat. Alle Staatstätigkeit zerfließt bei uns oft in ein Geschobenwerden von links und rechts, wobei gerade die produktiv tätige Masse des Volkes nicht auf ihr Recht kommt. Ein Staat, der sozialisieren, d. h. weitere Gebiete dem Einzelunternehmer entziehen und selbst verwalten will, muß aber in erster Linie ein starker Staat sein, d. h. nicht nur ein physisch starker Staat, sondern ein solcher, bei dessen Weiteren eine starke Rechtsüberzeugung allen noch so lockenden Vorteilen auf der einen und unter Umständen populären Forderungen auf der andern Seite Stand halten kann. Ein Staatsmann wie Wilson vertritt nicht einfach die Eisenbahnmagnaten, die Stahlmagnaten, die Farmer und den Arbeiterbund des amerikanischen Volkes, sondern in seinem Gewissen die besten sittlichen Traditionen seines Volkes. Das gibt ihm seinen sichern Stand und seine Kraft, die uns in unsern schweizerischen Verhältnissen so oft gefehlt hat. In diesem Sinne, meine ich, muß ein Staat in erster Linie stark und relativ unabhängig von den individuellen Interesseströmungen sein. Nur dann kann er die gewaltige Machtvermehrung ertragen, die mit größern oder kleinern Sozialisierungen verbunden sind. Nur so sind auch die Interessen der Schwachen in sicherer Hand.

Eine weitere Schwierigkeit, die mit neuen Sozialisierungen überwunden werden mußte, ist die im ganzen sehr große Unfähig-

keit des Staates, Initiative zu wecken oder auch nur gewähren zu lassen. Wer unten steht auf der Leiter des Staates, kann ihn oft nur als einen schweren unpersönlichen Druck empfinden gegen alles Gute und ihm richtig **Scheinende**. Der Jugend, aber auch der großen Masse, muß das unerträglich vorkommen und in revolutionären Zeiten wie der unsern, wo man sieht, wie alte Herrenrechte in einem Tag zusammenbrechen, glaubt sie mit einem Wort, oder einem Schlag alle diese Hemmungen durchbrechen zu können.

Und doch würde gerade zur Lösung der genannten großen Spannungen in erster Linie nötig sein, daß der Initiative, dieser wertvollsten Erscheinungsform des Individualismus, in den breitesten Schichten Raum gegeben würde.

Man hat oft den Eindruck, daß in unserm Staatsapparat zu oberst viel guter Wille vorhanden ist und in den Massen viel Unternehmungsgeist und Initiative. Dazwischen aber liegt eine undurchlässige Schicht, die man im weiten Sinne als **Bureaucratie** bezeichnen kann. Auch die Parlamente sind ein Teil dieser Schicht. Hier wird alles mehrfach beredet und meist nach reinen Zufälligkeiten erledigt. Hier sitzen die zahllosen Kommissionen, denen die Sitzungen Selbstzweck geworden sind. Hier hat kein einziger einen klar umgrenzten Kompetenzbezirk, innerhalb dem er auf seine freie persönliche Verantwortung hin etwas schaffen kann. Hier gibt es die zahllosen sogenannten formalen Bedenken, welche das lebendigste Leben nach und nach ersticken können. Wer unter dieser undurchlässigen Schicht sitzt, kann in seiner Betätigung nicht nach oben und wer über ihr sitzt kann nicht nach unten durchstoßen. So ist schon unendlich viel individuelle Arbeitslust und Arbeitsenergie abgestumpft worden. Sollen die sozialisierten Betriebe nicht demselben Uebel verfallen, so müssen sie aus einer gut geleiteten Privatindustrie viel lernen. Kein hemmende Menschen müssen ausgeschaltet und dem unternehmenden Kopf an jeder Stelle die Möglichkeit geschaffen werden, sein Bestes zu geben.

Der Einzelinitiative stehen auch noch eine Reihe von **Sackgassen** entgegen. Das alte Deutschland war das klassische Land der Sackgassen. Das Einjährig-Freiwilligenexamen, die Maturität, die untere Beamtenkarriere, vom Militär nicht zu reden, alles waren Sackgassen, innerhalb deren man wohl vorwärts kommen, aber aus denen man nicht in eine andere Gasse gelangen konnte. Wir haben in der Schweiz davon vieles nachgeahmt, vieles aus eigenem Instinkt eingerichtet. Dem Fähigen aus jedem Stand, namentlich dem aus der Masse auftauchenden wird künftig noch freier als bisher der Aufstieg ermöglicht werden müssen. Dem Unfähigen aus der individualisierten Gesellschaft aber muß ein Riegel ge-

schoben werden. Das gilt für das Militär, für die Schule, für manche staatlichen Berufe.

Aber auch dem in der großen Masse der Handarbeiter Tätigen, der eben seine mechanische Arbeit tun muß, sollte der Staat Luft schaffen, damit er auch einmal im Tage und in jedem Jahr doch einige Tage ein Einzelner sein kann. Unter diesem Gesichtspunkt müssen gerade die, welche freier über Pflichtarbeit und Erholung verfügen können, die Frage der Arbeitszeit und der Arbeiterferien betrachten.

So setzt ganz zweifellos alle Sozialisierung neue Formen des Staates voraus, die wir erst suchen müssen, freilich vor allem auch andere Menschen, die Willens sind eine starke Verantwortung gegenüber den Interessenströmungen von unten und ihrer Pflicht von oben her zu tragen, die die Absicht haben, persönlich durch die bürokratische Trockenschicht von unten und von oben durchzustößen, damit der Staat wieder in eine viel direktere Fühlung tritt mit allen initiativen Kräften des Volkes, vor allem mit denen, die in der wirtschaftlichen Produktion heute noch stark gebunden sind. Der Staat muß, wo er kann, Raum und Gelegenheit geben, daß auch der wirtschaftlich Gebundene wenigstens in einem Stückchen Leben sich als ein Einzelner, als ein Freier fühlen kann.

Nun die Rehrseite der Medaille: Die Einstellung des Einzelnen zum Staat. Dabei denke ich vor allem an Leute, die nicht in der wirtschaftlichen Gebundenheit der Masse leben, sondern sich als Einzelne durch ihren Beruf oder ihre ökonomische Stellung mehr individuell entwickeln konnten. Auf ihnen, oder sagen wir, auf uns, liegt die Verantwortung.

Ich will da keine Selbstverständlichkeiten wiederholen. In einem Kreise, in dem als höchstes Gebot das Wort „Liebe Deinen Nächsten wie dich selbst“ betrachtet wird, ist es ausgeschlossen, daß der individualistische Kultus des Genießens oder die Disziplinlosigkeit als individuelle Freiheit verteidigt wird. Daß wir in letzter Linie uns nicht Selbstzweck sein dürfen, das brauche ich Ihnen nicht auszuführen. Auch das beginnt mehr und mehr selbstverständlich zu werden, daß das Verhältnis zu jedem Mitmenschen nicht das des Almosengebers und des herablassenden Gönners sein kann. Menschenwürdig ist doch das Verhältnis von Mensch zu Mensch erst dann, wenn mir der „Nächste“ auch ein Wesen ist, das auf Einzeldasein, auf individuelle Entwicklung, auf ein Stück persönlichen Glückes, auf Geltendmachung seines Standpunktes Anrecht hat.

Aber es handelt sich hier nicht nur um das Verhältnis von Mensch zu Mensch, so sehr darin grundsätzlich alles folgende enthalten ist. Gerade wer das Glück hat, nicht nur die allernächsten

Dinge zu übersehen und der in einer Gemeinschaft nicht nur mit persönlichen Vorteilen rechnet, der wird auch sein Verantwortungsgefühl immer mehr erweitern müssen. Daß man sich für das Ergehen und die Ehre seiner nächsten Familie verantwortlich fühlt, und Versäumnisse gegen Familienglieder als persönliche Schuld empfindet, ist jedem naheliegend. Doch erweitert sich bei den meisten Menschen dieses Gefühl auf das Geschäft, das Arbeitsgebiet oder den Freundeskreis, in die sie hineingestellt sind. Dieses Verantwortungsgefühl kann aber noch weitere Kreise ziehen: man kann Beschlüsse seiner obersten Landesbehörde mit tiefster Scham lesen müssen, man kann sich mitschuldig fühlen, wenn die Politik des eigenen Landes bedenkliche Wege geht. Warum hat man nicht alle Mittel der Demokratie angewandt, um diese Wege zu verhindern? Ja man kann die Verpflichtung empfinden, sich in den Dienst seines eigenen Volkes zu stellen, auch wenn man dessen Wege als unsicher und dunkel ansieht. Wie viele ehrliche und tapfere Menschen sind so in den Krieg gezogen! Auf diesem Solidaritätsgefühl ruht jede echte Gemeinschaft und nicht zuletzt der Staat. Ausgesprochen und unausgesprochen begegnet uns freilich immer wieder der Einwurf: Wie soll ich mich für etwas verantwortlich fühlen, das ich gar nicht selber gemacht habe und an dessen Willensäußerungen ich doch nicht entscheidend mitarbeiten kann? Dieses Argument muß in Zeiten der großen Wandlungen dahinfallen, sie drängen Leute, die ihrer persönlichen Neigung nach lieber fern von allem, was Staat und Politik heißt, leben möchten, mit innerer Gewalt zur Teilnahme am Staatsleben. Fühlt man sich — mindestens durch passives Verhalten — mitschuldig an der heutigen Lage, so muß man wenigstens nicht länger in der Passivität verharren, auch wenn man dabei ein Stück seiner schönsten Individualität opfern muß.

So hoch ich nun aber dieses Solidaritätsgefühl mit dem eigenen Volk und Staat stellen muß, und so sehr ich es für etwas sittlich Unumgängliches halte, daß man sich den vom Staate vertretenen Bedürfnissen und Interessen der Gesamtheit einordnet, auch wo sie durch Zwangsgebote sich geltend machen, so bin ich doch überzeugt, daß im Staat nicht der letzte und höchste Maßstab für unser menschliches Verhalten liegen kann. Die Welt würde letzten Endes doch stille stehen, wenn es nicht Menschen gäbe, die sich gelegentlich in Opposition auch mit dem best eingerichteten Staat befänden. Es gibt für den Einzelnen — und das ist immer wieder so empfunden worden, Momente, da er trotz aller Liebe zu seinem Volk und Land, trotz allem guten Willen zur Einordnung in das Ganze innerlich genötigt ist, einem andern Maßstab zu folgen, seinem Gewissen.

Solch tragische Konflikte haben schon die Propheten Israels, ein Amos, ein Jeremia durchlebt, als sie öffentlich gegen

ihr Volk auftreten mußten und zwar in Zeiten seiner großen Not. In solchen Momenten steht der Einzelne über der bloßen Solidarität mit dem eigenen Volk der Gegenwart. Er vertritt, in seinem Gewissen aufgestapelt, die besten und die in der Entwicklung vorwärts und aufwärts drängenden geistigen und sittlichen Ueberlieferungen seines Volkes und bedeutet so oft entgegen der Mehrheit des Volkes doch der Träger der aufwärtsweisenden Entwicklung. Das kann der Fall sein auch bei einem Dienstverweigerer oder bei einem Revolutionär. Alle, die eine tiefgreifende Umwälzung des sittlichen Zusammenlebens veranlaßt haben, sind in diesem Sinne revolutionär gewesen. Aber nicht jeder, der sich gegen die Solidarität mit seinem Volke auflehnt, ist auch ein sittlicher Reformator. Wem und wann es erlaubt ist, mit Berufung auf sein Gewissen sich von der Solidarität seines Volkes loszulösen, das kann kein Gesetz und Recht entscheiden, das ist und bleibt ein tiefes Geheimnis, das das Recht nur in sich selber trägt. Hier also liegt für mich der Punkt, wo der Einzelne unter Umständen sich über die Gemeinschaft seines Volkes wegsetzen darf und muß. Gerade der zu individuellen Leben so oder so Entwickelte steht aber vor der großen Gefahr, daß er oft recht früh den Moment für gekommen erachtet, da er seine Sonderwege gehen darf, da er sagen darf: „Was geht mich schließlich das Ganze an? Ich bin nicht schuld, wenn heute schlimme Zustände bestehen. Alle Politik, d. h. alle Verantwortung für die Gesamtheit und das daraus entspringende Handeln sind mir ein Greuel.“ Dem gegenüber steht mir fest: Die Individualisten müssen lernen, sich mehr in Reih und Glied der Masse des Volkes zu stellen, nicht um dort unterzugehen und ihr Gewissen einfach dem Massenempfinden unterzuordnen, sondern um zu helfen, daß die Massen ihr Menschenrecht, auch Einzelne zu sein, in wertvollen Formen zur Geltung bringen können.

Unser Thema wäre noch unerschöpflich, namentlich wenn wir auf die einzelnen Gebiete eintreten wollten, auf denen sich das Problem „Der Einzelne und der Staat“ stellt. Ich versuchte aber zum Schluß nur, das, worauf es mir ankommt, in Kürze noch einmal zusammenzufassen: Wir stehen heute nach den Jahren des Krieges an einem besonders schwierigen Punkte. Hinter uns liegt ein Jahrhundert des ausgesprochenen Individualismus, der aber nach der besten Seite nur einer relativ kleinen Zahl zu gute gekommen ist. Die Masse der Menschen ist durch den Wirtschaftsbetrieb des Jahrhunderts nicht in die Lage gekommen, ihre Rechte als Einzelmenschen zur Geltung zu bringen. Der Krieg und seine Begleiterscheinungen haben neben dem Druck der wirtschaftlichen Gebundenheit, den Druck des Staates überall verstärkt, so daß wir heute vielfach einem wilden Ausbruch des Massenindividualismus gegenüberstehen, der als Reaktionsercheinung zu begreifen ist. Dieser

wird uns entweder in anarchische Zustände des sinnlosen Kampfes aller gegen alle führen, oder es gelingt uns, einen sozialistischen Staat zu schaffen, das heißt einen Staat, der viel mehr als der bisherige am Aufstieg und der freien Entwicklung auch der breiten Massen interessiert ist, der stark und frei über den wirtschaftlichen Einzelegoismen steht, es gelingt uns ferner, den Individualisierten, nur seinen privaten Erwerbs- oder vielleicht Kunst- und Wissensinteressen Lebenden, zur Mitverantwortung für die Interessen aller Volksgenossen und damit des Staates heranzuziehen.

Für die durch die Günst des Geschickes Individualisierten lautet daher die Parole: Verantwortlichkeit in Empfinden und Tat für das ganze Volk und seine Organisation, den Staat; für die Massen, die von der liberalen Entwicklung des vergangenen Jahrhunderts noch nicht viel Gutes erfahren haben: Raum für die Entwicklung der Einzelseele, damit sich ihr Bestes entfalten kann.

Dr. A. Barth.

„Jedermann sei untertan der obrigkeitlichen Gewalt“.

Römer 13, 1—7.

Das Wort soll zunächst aus dem ganzen Zusammenhang der Gedanken des Paulus verstanden werden, und dann möge einigen Ueberlegungen Ausdruck verliehen sein.

Paulus war ein Mann der Hoffnung. Er lebte wie alle prophetischen Geister so stark in Gott, daß er sozusagen die Welt Gottes mit Händen greift; daß ihn von der Verwirklichung derselben nur eine ganz kurze Spanne Zeit trennt; er ist gleichsam vor der Tür der Gotteswelt. Er hat ein so intensiv in Gott gesammeltes, auf Gott konzentriertes Leben, daß er den Bringer des Göttlichen, den Christus jeden Augenblick erwartet; seine Seele war auf's Höchste gespannt auf das, was in allernächster Zeit geschehen werde. Es sind da Gaben und Kräfte in Tätigkeit, Sehergaben und visionäre Kräfte, die aus geheimnisvoller Quelle auftauchen; und sie werden zur Hoffnung. Aus der Hoffnung gehen der Menschheit die tiefsten Wahrheiten auf; nur ein Ziel läßt das Tiefste an geistigen Werten zum Durchbruch kommen; durch die Hoffnung holen die Gottesmänner die tiefsten geistig-sittlichen Wahrheiten aus Gott heraus. Das kommt daher, weil sie einen Gott vor sich haben, der lebendig ist. Wem aber Gott der lebendige Gott ist, der muß hoffen. Die Art der prophetischen Geister ist es dann auch, daß ihre Hoffnung zur Aktivität wird, d. h. sie wirken auf die Welt ein. So hat Paulus kraft der Hoffnung